

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 32 (1938)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ganzen offiziellen Christentums in der ganzen Welt für Augen, die sehen können und wollen, klar genug.

Daß ich in all dem *Gutes* sehe, habe ich oft gezeigt. Es stürzt ein Christentum, das den Sturz verdiente. Es stürzt schließlich nicht vor Hitler und Rosenberg, sondern vor Christus. Es geht vom Christentum zum Reiche Gottes. Es geht *ein* Christus, damit der andere kommen könne. Ungeheure neue Entwicklungen mit ungeheuren Verheißungen setzen ein. Geburtswehen Christi!

Der Kampf gegen Christus wird also im Dritten Reiche mit neuer Energie aufgenommen. Das ist auch eine Folge von München. *Rosenberg* gibt die Erklärung ab:

„Daß die katholische und mit ihr die evangelische Bekenntniskirche in der heutigen Formgestaltung aus dem Leben unseres Volkes verschwinden muß, darüber bin ich mir — und ich glaube, das auch im Sinne des Führers sagen zu dürfen — vollkommen klar.“

Es müsse bloß mit etwas Klugheit vorgegangen werden.

Hand in Hand damit gehen die praktischen Vorstöße. Die „Vorläufige Leitung der evangelischen Kirche“ wird, wie schon das letzte Mal berichtet worden ist, vernichtet. Mit der ganzen Bekenntniskirche soll aufgeräumt werden. Der Plan der „Deutschen Reichskirche“ tritt hervor. Der Religionsunterricht der Lehrer wird eingestellt und — vorläufig! — der Kirche übergeben. (An sich, so wie heute die Dinge liegen, kein Schaden!) Und Kardinal *Faulhaber* entrinnt bei Anlaß des Judenpogroms nur mit Mühe dem Schicksal Innitzers. Auf dieser Linie wird es nun rascher weitergehen.

Damit kommen wir zum letzten, hochbedeutsamen Zuge am Bilde dieses Jahres: *Es ist das Zusammenfallen von Juden- und Christenverfolgung*. Darin liegt sehr viel mehr als man heute schon ausdenken kann. Offenbar empfinden die Gegner Judentum und Christentum als *Einheit* und gleichmäßig als *Feind*. So scheiden sich auch hier die Lager: *der Kampf zwischen Baal und Jehova (Jahwe) und der zwischen Cäsar und Christus fallen immer mehr zusammen*. Judentum und Christentum bewegen sich der Einheit im Reiche Gottes für die Erde unter dem Zeichen Christi entgegen und nehmen den Endkampf mit dem Weltreich auf.

Und das ist der höchste, letzte Ausblick, aber auch die größte Verheißung und der stärkste Trost.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

8. Dezember.

1. Die Judenverfolgung. 1. In *Deutschland*. Die *Börse* hat auf den 9. November mit einer sehr starken *Baisse* reagiert.

Als das neue *Ghetto* wird in Berlin eine Gegend in der Nähe des Alexanderplatzes in Aussicht genommen.

Auch der Verkauf von Schmuck und Wertpapieren wird den Juden verboten. Göbbels will 1400 antisemitische Versammlungen veranstalten.

Zur Rechtfertigung ihres Tuns weisen die deutschen Judenverfolger gegenüber der Kritik der Engländer darauf hin, was diese in Palästina an den Arabern und in Indien an den Eingebornen taten. Da ist immerhin zu bedenken, daß es sich dabei doch um *Krieg* handelt, sie aber über Wehrlose herfallen.

2. Im ganzen *europäischen Osten* flammt der Antisemitismus neu auf: in Rumänien, Ungarn, Polen und so fort. Ungarn führt für die Zahl seiner jüdischen Bevölkerung einen *numerus clausus* ein. *Danzig* verbrennt ebenfalls Synagogen.

3. In *Palästina* behaupten die Engländer nach der Eroberung Jerichos und Beerfabas, Herren des Landes zu sein. Sie erleichtern die Bedingungen der Teilnahme an der geplanten Konferenz für die Araber. Nur der Mufti bleibt bisher ausgeschlossen. Im übrigen ist die Lage unverändert.

II. Die Tschechoslowakei. Es wird ein System der *Option* eingeführt, wonach Deutsche in der Tschechoslowakei Hitler-Deutschland und Tschechen in diesem die Tschechoslowakei als Heimat wählen dürfen.

Der Ministerpräsident *Beran* erklärt, daß man sich in das durch München geschaffene System der Gewalt fügen und besonders auf Zusammenarbeit mit dem „größten Nachbar“ halten müsse. Man verlangt nun die versprochene Garantierung der Grenzen der neuen Tschechoslowakei.

Es werden zwei *Untersuchungskommissionen* zur Prüfung der Faktoren eingesetzt, die zu der jetzigen Lage geführt hätten. Die eine, von *Ossufky*, dem Gefandten in Paris, verlangt, dem man falsche Information der Regierung vorwirft, soll seiner Rechtfertigung dienen, die andere aber ist gegen *Beneš* gerichtet.

Das mit den Wahlen in den Reichstag verbundene „*Plebizit*“ in Deutsch-Böhmen ergibt, mit den bekannten Methoden durchgeführt, das bekannte Resultat.

Als dem endlich zugelassenen tschechischen Bevollmächtigten *Mafaryk* in *München* das Dokument vorgelesen wurde, welches das Los seines Landes besiegelte, da *gähnte* Chamberlain unaufhörlich. Das interessierte ihn weiter nicht mehr!

III. Frankreich. 1. Der *Generalstreik* hat allerlei Repressalien zur Folge. Viele Arbeiter werden entlassen, Eisenbahnangestellte gemäßregelt, *Jouhaux* seiner Staatsämter beraubt. Der „*Temps*“ redet von der „*France retrouvée*“ (dem „wiedergefundenen Frankreich“), *Léon Blum*, der Weichling, aber von einer nun notwendigen „*amnistie morale réciproque*“, einem „*sursaut d'unité et de concorde*“ (einer „gegenseitigen moralischen Amnestie“, einem „Schwung der Einigkeit und des Friedens“).

Massenversammlungen (*Tournée de Masse*) der Arbeiter sollen die Niederlage verhüllen.

2. *Ribbentrops* Besuch wird polizeilich aufs sorgfältigste gesichert. Es scheint, man habe auch eine *Claque* bestellt. Er legt am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Ob sich der wohl im Grabe umdreht? Die Presse ist höflich. Bei dem *Ribbentrop* angebotenen offiziellen Bankett dürfen die jüdischen Mitglieder des Kabinetts nicht dabei sein. Es wird ihnen gewiß wehe tun, nicht *Ribbentrops* Bekanntschaft machen zu dürfen! Daß man aber auf so etwas eingeht!

In Alt-Breifach hängt man neben der Hakenkreuzfahne die Trikolore aus und bietet den Franzosen an, ihnen für das Gleiche Hakenkreuzfahnen zu leihen!

Daladier erhält ein Vertrauensvotum (10. Dez.).

IV. Achsenpolitisches. 1. Am 16. November ist der englische *Osterpakt* mit Italien in Kraft getreten. Er enthält noch keine formelle Anerkennung *Francos* als „kriegführende Partei“, wohl aber die des Verbrechens an *Abeffinien*.

2. Italien tritt dem *Flottenabkommen von London* zwischen England, den Vereinigten Staaten und Frankreich bei, das den Tonnengehalt und die Bewaffnung der Kriegsschiffe regelt.

Für die Mohammedaner in Lybien wird der obligatorische Militärdienst eingeführt, mit einem halben Bürgerrecht.

Angemeldet wird besonders auch eine starke Beteiligung an der Verwaltung des *Suezkanals*. Wegen Abessinien!

Aegypten anerkennt das impero.

Vittorio Mussolini, der abessinische Held gegen Frauen und Kinder, reist zu einem jungen englischen Lord auf Besuch. (Warum notiere ich das?)

Eine italienische Kommission wird eingesetzt, um die Heimtschaffung der im Ausland lebenden Italiener (die in Tunis ausgenommen!) an die Hand zu nehmen. Ins „Land ohne Raum“!

3. *Spanien*. Man bemüht sich (wohl von Chamberlain und Mussolini und Hitler aus) das Nichtinterventionskomitee aufzulösen, weil *sein* Plan immerhin den Plänen der Genannten im Wege steht. Belgien, Schweden und Holland helfen durch ihren vollzogenen oder angekündigten Austritt bei diesem Spiel.

Infolge des Techtelmechtels *Belgiens* mit *Burgos* ruft Barcelona seinen Gefandten aus Brüssel zurück — unterstreichend, daß ein „*Sozialist*“ dort das Außenministerium leitet.

Die *Luftangriffe* auf offene Dörfer und Städte werden mit neuer Wucht aufgenommen und fordern entsetzliche Opfer. Der blutgedüngte Ebrogogen wird, nachdem er seinen strategischen Dienst getan, von den Republikanern geräumt.

Francos Piratenkrieg im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean gegen die der Republik Lebensmittel liefernden Schiffe geht weiter. Chamberlain schaut lächelnd zu.

4. *England*. *Hudson*, Sekretär des Handelsministeriums, gibt im Unterhaus eine auffallend scharfe Erklärung über die deutschen Handelspraktiken ab, gegen die man, wenn sie nicht aufhörten, sich werde zu wehren wissen.

Earl de la Warr, Erziehungsminister, äußert in einer Rede: „Es besteht in unserem Lande ein tiefes und wachsendes Gefühl, daß nichts, was wir tun können, Deutschland zufriedenstellt, daß freundliche Worte und freundliche Taten für Feigheit gehalten werden und bloß die Rüstungen eine wirkfame Sprache führen.“ Chamberlain hat im Unterhaus diese Äußerung gebilligt.

Eden fordert in einer neuen Rede eine Politik der Festigkeit gegen die Diktaturen, welche auch vor dem Risiko des Krieges nicht zurückschrecken und England den verlorenen Kredit wiedergewinne. Er schlägt, auch wohl zum erstenmal, starke *soziale* Töne an — etwa bloß, um Labour für eine von ihm geführte Koalitionsregierung zu gewinnen?

Eine Reklamation Englands in Berlin wegen der Beschuldigung Duff-Coopers, Edens und Churchills, Miturheber des Mordes an von Rath zu sein, wird nicht beantwortet.

Die Herzogin von *Atholl*, konservatives Parlamentsmitglied, warme Freundin Oesterreichs und der Tschechoslowakei, wie der spanischen Republik, und große Gegnerin der Chamberlain-Politik, legt ihr Mandat nieder, um es im Zeichen dieser Gegnerschaft neu zu erobern.

Die Regierung lehnt durch den Mund des Kolonialministers MacDonald zur Zeit jede Verhandlung der *Kolonialfrage* ab.

5. *Die Vereinigten Staaten*. Präsident *Roosevelt* hat in einer neuen, an den geplanten panamerikanischen Kongreß in Lima anknüpfenden Rede die Berufung der Vereinigten Staaten zum Schutze der Demokratie betont.

Das *Neutralitätsgesetz* soll sobald als möglich diesem Zwecke angepaßt werden.

Eden geht in halboffizieller Sendung nach den USA., um die Beziehungen zwischen ihnen und England zu festigen.

6. *Deutschland*. Doktor *Ley* fordert von den Arbeitern eine hundertprozentige Steigerung der Produktion.

Ernst Niekißch, eine Vordergrundgestalt des deutschen Nationalismus, Vertreter eines auf Verbindung mit Rußland zielenden „National-Bolschewismus“ und schon darum Gegner Hitlers, kommt vor das Volksgericht.

Eine Reihe von neuen *Bücherverboten* ist verkündigt worden. Darunter befindet sich auch *Ragaz*: „Gedanken“. Ist natürlich eine Ehre.

7. *Polen* nimmt von der Tschechoslowakei auch mehr, als ihm nach den Abmachungen zustand. Es hebt die Freimaurerlogen auf und erläßt ein Pressegesetz zum Schutz fremder Regierungen und Staatsoberhäupter vor Beleidigungen.

8. Die *belgische Pressevereinigung* weist, ungleich der schweizerischen, die Einrichtung einer sogenannten *konsultativen Pressekommission* als Organ und Schutzschild der Regierung für die Kontrolle der Presse mit Entrüstung zurück.

9. *Rotterdam* verbietet wegen der Volksstimmung einen Fußball-Match zwischen deutschen und holländischen Spielern, was von Deutschland mit Repressalien erwidert wird.

10. Auch *Dänemark* hat seinen großen Prozeß gegen deutsche Spione.

11. Die Achsen-Mächte schließen miteinander *Kultur-Abkommen*. Was für eine Kultur wollen sie miteinander teilen?

V. *Sozialismus*. Die *Labour Party* lehnt Koalitionen mit anderen Parteien ab.

Aus *Belgien* kommt gute Kunde: Ein außerordentlicher sozialistischer Parteitag mißbilligt mit einer Zweidrittelmehrheit *Spaaks Außenpolitik* und fordert seinen Rücktritt aus der Regierung. Er läßt sich von der Kammer ein (nicht sehr kräftiges) Zutrauensvotum geben.

VI. *Religion und Kirche*. 1. *Protestantismus*. *Karl Barth* wird wegen seinem Brief an Professor Hromadka von der *Bekennniskirche* hart getadelt. Sie zerschneidet das Tafeltuch zwischen ihm und ihr.

Da und dort nehmen auch die schweizerischen Kirchen Stellung gegen die *Judenverfolgung*. So auch der *Zürcher Kirchenrat* in einem Aufruf. Schade, daß darin der Satz steht, die Schweiz könne leider den Flüchtlingen kein Asyl bieten. Dieser Satz ist unchristlicher als das Empfinden vieler Gläubigen und auch Ungläubigen und läßt jede Erinnerung an das Evangelium vermissen. Er ist auch weltlich betrachtet falsch: Wir könnten sehr wohl Tausenden von Flüchtlingen ein Asyl bieten! Das kostete weniger, als was man für militärische Zwecke spielend ausgibt. Aber was vor Gott gilt, gilt eben noch nicht ohne weiteres vor einem Kirchenrat. Daß unsere Kirchen nie mehr etwas Ganzes tun können! ¹⁾

Als Freund *Trautvetter* vor der *Zürcher Kirchensynode* einen Antrag der Religiös-Sozialen begründete, daß die Kirche mehr als bisher sich um die Aufgaben der Menschlichkeit, der Freiheit und des Friedens kümmern sollten, da hatte nicht nur der Vorsitzende nicht den Anstand, ihn trotz kleiner Ueberschreitung der zu kurzen Redezeit ausreden zu lassen, sondern kam es auch infolge des Auftretens des Direktor *Grob* zu höchst unerquicklichen Auseinandersetzungen. Dieser hahnbücheste unter den Vertretern des neuorthodoxen Pfaffentums brachte es über sich, den religiösen Antimilitarismus als „Gemeinheit“ zu erklären. Ein paar Wochen vor Weihnachten! Und der war Sprecher der „positiven“ Fraktion. „Positiv“ mag sie sein, aber soweit dieser Mann sie vertritt, ist sie von Christus weiter entfernt als jeder Vertreter der „Gottlosenbewegung“, der den Krieg verurteilt.

Der geplante „*Oekumenische Rat der Kirchen*“ soll nun konstituiert werden. Er scheint sich im wesentlichen aus den Vertretern der an „Oxford“ beteiligten Organisationen zusammenzusetzen zu sollen. Ob dieser vielköpfige protestantische Papst für die Sache Christi viel zu bedeuten haben wird, bleibt abzuwarten.

Die „*Rettungsarche*“ in *Möttlingen*, die Gründung des verstorbenen „Bruder Stanger“, ist vom Hitlertum aufgehoben worden. Es hat also nichts genützt, daß „Bruder Stanger“ sich so überschwenglich zu Hitlers göttlicher Berufung be-

¹⁾ Da waren die Leute von *Ramsen* andere Christen, als sie ein illegal über die Grenze gekommenes altes jüdisches Ehepaar, das der Polizist abschieben wollte, einfach befreien und zurückholten.

kannt hat. Sein Nachfolger an der Leitung wird der Veruntreuung von Geldern beschuldigt. Das mag das bekannte Rezept aus der Teufelsküche des Hitlertums sein. Aber nicht alles, was „Das Schwarze Korps“ über die „Rettungsarche“ sagt, ist falsch. Wenn sie freilich ihren Jauchekübel gar auch über die beiden Blumhardt ausgießen will, so sind diese dafür nicht erreichbar. Und es sei zum Ueberfluß festgestellt, daß die „Rettungsarche“ bloß eine Karikatur von „Boll“ war.

2. *Katholizismus*. Der Papst sendet zum erstenmal seit den Tagen der Reformation einen „apostolischen Legaten“ nach London.

Hartnäckig erhält sich das Gerücht von der Abberufung *Innitzers*.

VII. *Kultur und Unkultur*. *Selma Lagerlöf* hat den achtzigsten Geburtstag gefeiert. Eine große Seele und große Dichterin, ihre Werke ein Quellstrom aus den Bergen Gottes.

In Lugano hat man eine „*Stille Woche*“ durchgeführt, das heißt: eine Woche der Vermeidung alles irgendwie unnötigen Lärms. Mit großem Erfolg! Welch ein Gottesdienst! Das sollte man überall nachmachen. Ich empfehle besonders auch die unerbittliche Ausrottung alles die *Nacht* störenden und entheiligenden Lärms und für den *Tag* die Bekämpfung jenes Kultus, den für viele geplagte Frauen das *Teppichklopfen* zu bedeuten scheint. Dazu ein Verbot des schauerhaften *Baulärms*. Endlich das Sinnen auf Mittel, den Lärm *im Hause selbst* zu dämpfen. Stille — was für ein Segen! Was für eine Erquickung! Was für ein Gnadenmittel und Weg zu Gott!

Was für eine *seelische Verblödung* das Gegenteil herbeiführt, hat kürzlich eine amerikanische Sensation bewiesen. Ein Hörspiel in New York gab eine Novelle von Wells wieder, die einen Einfall der Marsbewohner auf die Erde darstellt. Tausende, Zehntausende nahmen das für Wahrheit, telephonierten entsetzt der Polizei, entflohen auf Autos in die Wälder. Und so fort. Wieder sage ich: So weit wären wir also!

Zur *Schweizerischen Lage*.

8. Dezember.

Die Schweiz am Jahresende.

Zwei Züge scheinen sich im Laufe dieses Jahres am Bilde der Schweiz mit erhöhter Deutlichkeit herauszuarbeiten: *die katastrophale Vermehrung der von außen kommenden Gefahr*, die im Innern schon viele Stützpunkte hat, und im Innern — verbunden mit diesem Faktor — *das Ringen um die neue politische, soziale und kulturelle Gestalt der Schweiz*.

1. Ich beginne — entgegen der inneren Ordnung der beiden Tatsachenreihen — mit dem zweiten, weil die Annahme des *Finanzartikels* wohl an den Anfang dieser Erörterung gestellt werden muß. Es sei gleich hinzugefügt, daß sie sich zu der vor einigen Monaten erfolgten Annahme des neuen *Strafrechtes* gefügt. Diese beiden Annahmen, als großer Erfolg der Demokratie und weiß nicht was gepriesen, sind Siege der Reaktion, die erste wegen der Lex Häberlin, die man in diesem neuen Strafrecht untergebracht, und ähnlichem, dazu wegen seiner sozialen Rückständigkeit in Hauptpunkten, die zweite wegen dem ganzen Sinn wie wegen den Einzelheiten der Vorlage.

Die Finanzvorlage ist mit einer von niemandem erwarteten sehr großen Mehrheit der Abstimmenden — rund 500 000 gegen 200 000 — angenommen worden. Allerdings ist das noch nicht ganz die Hälfte der Stimmfähigen, und man darf in diesem Falle die sich Enthaltenden wohl eher zu den Ablehnenden zählen, die nicht den Mut hatten, entgegen dem allgemeinen Bejahungslärm ihr Nein an der Urne geltend zu machen. Eine *rechtzeitig* auftretende Opposition von ernst zu nehmender Seite hätte wohl die meisten dieser Schwankenden gewinnen und das Ergebnis umkehren können. Aber nur das Falsche ist heute zur rechten Zeit auf dem Posten.

Durchgesetzt wurde diese nun unzweideutig reaktionäre Aktion wieder wesentlich mit Hilfe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die mit der

Zeit den Vorwurf, den einst die Kommunisten der Sozialdemokratie gemacht: daß sie die Schutzgarde des Bürgertums sei, wirklich zu verdienen scheint. Ich stelle die Gewerkschaften mit Bedacht voran. Denn sie haben die Partei nach dem beliebten heutigen Rezept vor ein fait accompli gestellt, indem sie eiligst ein Ja ausprachen, bevor die Partei sich entschieden hatte. Die Gewerkschaften selbst wurden ihrerseits durch ihr wichtigstes Glied, die von Leuten wie Ilg und Marbach beherrschte Organisation der Metallarbeiter, vor dieses fait accompli gestellt. Daß der eigentliche geistige Leiter unseres Gewerkschaftswesens, Doktor *Max Weber*, gegen die Vorlage war, gereicht ihm selbst zur Ehre und zeigt auch, wie schlimm sie sein muß. Die Partei mußte dann, so wie sie heute ist, gegen eine bessere Einsicht mitgehen.

Man erkennt schon an dieser Entwicklung, wie *demokratisch* diese neueste Verteidigung der Demokratie vor sich gegangen ist: Die stärkste Gewerkschaft vergewaltigt die anderen und sie alle die Partei. Innerhalb der Gewerkschaften waltet die Diktatur der „Führer“, welche die Masse der Mitglieder gar nicht ernstlich zu Worte kommen läßt, und ähnlich hält es dann auch die Partei: sie entscheidet über eine so wichtige Sache nicht auf einem Parteitag, sondern innerhalb des Parteivorstandes. In der Presse darf der starke Widerstand nicht mit einem Worte zur Geltung kommen. Ich betone nochmals: so sieht „die Verteidigung der Demokratie“ aus. Es ist in Wirklichkeit schon ein Dreiviertelfaschismus. Nur die Genfer haben sich nicht gebeugt. Einigen Zürcher „Frondeuren“ gegenüber ballt das „Volksrecht“ die den Todfeinden des Sozialismus unermüdlich „verftändigungsbereit“ entgegengestreckte Hand zur Faust, und die „Neue Zürcher Zeitung“, von der man nun ja mehr oder weniger offen die Lofungen annimmt (was 1918 wohl niemand ahnte), mahnt die Partei, mit Unverbesserlichen aller Art — wohl auch mit Hugo Kramer von der „Volksstimme“, dem einzigen *sozialistischen* Organ der Sozialdemokratie in der deutschen Schweiz — reinen Tisch zu machen. So weit also wären wir auf *dieser* Linie. Davon sofort mehr!

Schmählich verfaßt haben die Welschen mit ihrem „Föderalismus“, der freilich längst nur mehr eine Kulisse ist. Es gibt in der Schweiz keine ehrlichen, aus politischer und religiöser Ueberzeugung handelnden Konservativen mehr, es gibt an ihrer Stelle nur noch durch Klassen- und Besitzinteressen regierte, zu jedem Verrat anderer, höherer Interessen bereite Reaktionäre.

Auf überraschende Weise verfaßt hat auch die Freigeld-Bewegung als Organisation, auf die man doch für die Opposition mit Sicherheit glaubte zählen zu dürfen; die Gründe liegen auch hier schwerlich in der Ueberzeugung.

Daß Mufy und die Frontisten gegen die Vorlage waren, hat viele zum Ja-fagen bestimmt. Ganz unrichtigerweise. Denn die taten das bloß aus der Berechnung heraus, daß sie, wenn die Folgen hervorträten, diese demagogisch ausbeuten und sich als Retter aufspielen könnten. Man bedenke: aufs heftigste *dafür* war die „Neue Zürcher Zeitung“, und die hat den richtigeren Instinkt für das, was der Reaktion und dem Geldsack dient.

Grundsätzlichen Widerstand geleistet haben bezeichnenderweise nur drei Gruppen: die Jungbauern, die Religiös-Sozialen und die „Entscheidung“. Durch diese Tatsache wird die heutige Lage trefflich gekennzeichnet. Es ist eine zahlenmäßig kleine Minderheit, die sich heute einigermaßen organisiert dem Strome entgegenstemmt, der die Schweiz auf der Linie des geringsten Widerstandes in den halben oder ganzen Faschismus hineintreibt.

Die stärkste dieser Gruppen, soweit direkter politischer Einfluß in Betracht kommt, sind natürlich die Jungbauern. Schade ist nur, daß auch über ihnen eine Führerdiktatur waltet. Am tapfersten aber ist die Gruppe der „Entscheidung“. Was die Religiös-Sozialen betrifft, so sind wir, wie beim Strafgesetz, zu spät gekommen. Aus dem gleichen Grunde: wegen der Betäubung durch weltpolitische Ereignisse und der Ueberfülle der Arbeit. Beim Schreibenden auch wegen seiner mangelnden Kompetenz in finanzpolitischen Fragen, die ihn übersehen ließ, daß

es sich hier wesentlich um ein *politisches* Problem handle. Daß von den Bündner Demokraten Doktor *Gadient* nicht nur gegen die Vorlage war, sondern auch offen gegen sie auftrat, sei auch nicht vergessen. Allerdings ließ ihn bei diesem Anlaß seine sonst so große Popularität im Stiche. Das ändert aber nichts daran, daß er, wie Doktor Max Weber, bei diesem Anlaß gezeigt hat, daß wir für die jetzt immer verlangte „neue Politik mit neuen Männern“ wenigstens *einige* Männer hätten.

Wenn man nach den *Motiven* fragt, die eine so starke Annahme herbeigeführt haben, so sind gewiß viele durch ehrliche und erwägenswerte Gründe dazu bestimmt worden. Das versteht sich von selbst. Aber es wäre doch wohl ein schöner Trug, sie einfach auf den „gesunden Sinn“ des Schweizervolkes zurückzuführen. Ich fürchte, es seien auch eine Reihe seiner bedenklichen Eigenschaften, die dabei mitgewirkt hätten. Es habe, wird behauptet, gezeigt, daß es demokratisches Empfinden besitze, darum zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und die Dringlichkeitsbeschlüsse los sein wollte. Wenn das Schweizervolk wirklich so weit wäre, daß es meinte, man stelle die Verfassung wieder her dadurch, daß man sie für drei entscheidungsvolle Jahre aufhebe, und die Demokratie dadurch, daß man für diese Zeit die Diktatur einführe, und man hebe die Dringlichkeitsbeschlüsse damit auf, daß man Bundesrat und Bundesversammlung die „verfassungsmäßige“ Erlaubnis dafür gebe, dann wäre damit nur bewiesen, daß das Schweizervolk bereits auch in jene Sphäre gelangt sei, wo die Begriffe das Gegenteil von dem bedeuten, was sie ursprünglich sagen wollten. Besonders seltsam ist dabei die Meinung, daß schon die *Form* eines Verfassungsartikels Verfassung und Demokratie verbürge. Als ob man nicht durch einen Verfassungsartikel die Diktatur einführen könnte: man denke bloß an den § 48 der Weimarer Verfassung, der Hitler den Weg zur Herrschaft öffnete.

Ein sehr schlechtes Zeichen für den moralischen und intellektuellen Stand unserer heutigen Generation und charakteristisch für die Wohlfeilheit der Mittel, deren sich die Demagogie ihr gegenüber bedienen darf, war auch das Argument: „Wenn wir die Vorlage nicht annehmen, dann wird der Bundesrat nachher erst recht diktatorisch walten.“ *Denn entweder hat der Bundesrat diese Gesinnung und die entsprechende Macht nicht und dann fällt das Argument dahin, oder er hat sie und dann wird er sie nach der Annahme erst recht betätigen* — was denn auch geschehen wird.

Eine große Rolle hat jedenfalls auch die kurzfristige Kleinlichkeit gespielt. Wenn für die Alters- und Invalidenversicherung statt der 45 Millionen, die ihr aus dem Tabakmonopol verfassungsmäßig zukommen müßten, 10 Millionen über die bisherigen 8 hinaus zugewendet wurden, als Lockspeise, so erschien das als großes Geschenk, worüber man den Raub von anderen 18 Millionen willig vergaß — auch vergaß, daß der Volkswirtschaftsdirektor die Alters- und Invalidenversicherung als unerfüllbaren Traum bezeichnete — und die Krankenkassen ihren Massen Annahme empfahlen. Das wohlfeile Gleichnis vom „Spatz in der Hand“ mußte diesem kurzfristigen Rechnerfenn seine Dienste leisten.

Außenpolitische Angst mag bei manchen mitgewirkt haben. Viele mögen wirklich geglaubt haben, daß man das Ansehen und die Geltung der Demokratie retten müsse — durch ihre Preisgabe!

Vor allem aber: diese Unselbständigkeit des Volksurteils gegenüber den Parolen des System-Apparates! Das ist nach meinem Empfinden das Bedenklichste an der ganzen Erfahrung. Wir werden aus Volk immer mehr Masse — was die Voraussetzung der Diktatur ist.

Der Sinn des 27. November läßt sich nach meinem Urteil kurz zusammenfassen. Erstens: Wir haben gegen die Bibel und gegen jede soziale Forderung die Lasten der Volkswirtschaft auf die Schultern der Schwachen gelegt. Zweitens: Wir haben die Alten und Invaliden um einen Bettelpfennig preisgegeben. Drittens: Wir haben der Reaktion, ja der Diktatur einen Freibrief ausgestellt. Viertens — was beinahe das Schlimmste ist —: Wir haben die ganze Politik eines

Bundesrates gebilligt, der uns in die Katastrophe der Schweiz hineinführt, und ihn ermuntert, auf dieser Bahn fortzufahren. Was er sich alles zur Rettung der Demokratie sicher nicht zweimal sagen läßt.

Es ist die gleiche Rettung, die jetzt Daladier-Bonnet unternehmen und die mit dem bekannten Erfolg Brüning in Deutschland durchgeführt hat. Auch mit Hilfe der Sozialdemokraten und Gewerkschaften! *Es ist die Kapitulation des schweizerischen Sozialismus.* Alles kommt nun darauf an, ob unsere Reaktion Entschlossenheit genug besitzt, die Konsequenzen zu ziehen. Die Arbeiterbewegung hat unter einer ideen- und glaubenslosen, zum guten Teil bloß aus Opportunismus, Angst und Strebertum handelnden Führung das Beil so weit weggeworfen, daß sie es schwerlich wieder holen kann.

Zur Warnung vor dieser letzten, entscheidenden Wendung und zu ihrer immer noch *möglichen* Verhinderung sind diese Ausführungen geschrieben.

Wenn dergestalt das politische Finale des Jahres einen beinahe entscheidenden Sieg der Reaktion bedeutet, der in der Richtung auf den Faschismus zu liegt, so ist ihr Vorstoß auch auf anderen Linien stetig und immer offener vor sich gegangen.

Vor allem gilt er der *Pressfreiheit*. Ganz im Sinne des Hitlerschen Vorstoßes in die „Demokratien“ hinein. Der Aargauer Keller verlangt im Nationalrat im Namen der Neutralität das, was neuerdings der „Völkische Beobachter“ fordert. Daß diese „Neutralität“ nur gegen Deutschland und Italien gölte, nicht aber gegen Spanien und Rußland, ist selbstverständlich. Ein vom Bundesrat vorbereitetes neues Staatschutzgesetz soll, nach dem, was man hört, sich auf dieser Linie bewegen. Von einem Bundesrat Baumann ist nichts anderes zu erwarten. Die Art, wie er neuerdings eine Interpellation Graber in Sachen des Verbotes des „Journal des Nations“ beantwortet hat, ist ebenso unwahr, wie sie hochnäßig ist. Es ist einfach nicht wahr, daß das „Journal“ eine besonders heftige Sprache geführt hätte. Es ist nicht wahr, daß der Ausdruck „Club des charcutiers“ eine besondere Beleidigung darstellte; er ist einfach die Wahrheit — noch milde ausgedrückt: „Club de brigands et de meurtriers“ entspräche dem Sachverhalt besser. Wahr ist nur — aber *diesen* Sachverhalt verhüllt Baumann — daß besonders Mussolini dem tapferen Organ eines wirklichen Völkerbundes den Tod geschworen hatte und Motta-Baumann seinem Wunsch gehorchten. Wenn es richtig ist, daß die konsultative Pressekommission einstimmig das Verbot gebilligt hat, so ist es für diese schlechterdings eine Schande — und ist dazu eine Gemeinheit — und wirft auch ein Licht auf ihre sozialistischen Mitglieder. Wie anders steht Belgien da mit seiner energischen Verwerfung einer solchen Kommission!

Auf der Linie der Reaktion liegt auch das Vorgehen gegen die *Kommunisten*, auf das der Kampf gegen die „Feinde der Demokratie“ wesentlich hinausläuft. Wenn Baselftadt den Kommunisten den Zutritt zu den Aemtern verbietet, gleichzeitig mit Uri, wo sicher nicht *ein* Kommunist je zu sehen war — außer im Gotthard-Zug — so nennt zwar die „Nationalzeitung“ das „abwehrbereite Demokratie“, aber nicht zufällig ist dieser Ausdruck Hitler-Jargon. Die Kommunistenhetze und der leider auch zunehmende *Antisemitismus* bereiten in Wirklichkeit Hitler den Weg. Wenn wir alles tun, was Hitler tut, nur vorläufig in gemäßigteren Formen — warum soll dann nicht zuletzt Hitler selbst kommen? Oder — vorläufig — Ribbentrop? ¹⁾

Auf diese Linie gehören ferner Entwicklungen, wie der Zusammenschluß der ganzen Genfer bürgerlichen Reaktion zu einer einzigen „nationalen Partei“. „National“ heißt dabei: Hitler- und mussolinifreundlich!

Was die *Opposition* betrifft, so hatte sie sich, wie wir wissen, in der Richt-

¹⁾ Nun ist auch das angekündigte „Gesetz gegen staatsfeindliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie“ herausgekommen. Es enthält neben einigen Fußfeilen für nicht systemgemäße Eidgenossen auch einige gute Bestimmungen gegen die Schund- und Schmutzagituation des *Antisemitismus*, die hoffentlich angewendet werden. Das nächste Mal mehr davon.

linienbewegung zusammengeschlossen. Diese hat im Laufe des Jahres das Schicksal erlitten, das wir ihr von Anfang an vorausgesagt: sie hat sich infolge ihrer inneren Schwäche, ja Unwahrheit und ihrer oberflächlichen Gründung aufgelöst. Den entscheidenden Stoß bedeutet ihr Verfallen am 27. November mit dem Ausscheiden der Jungbauern. Und die mit der Bewegung verbundene „Verständigung“ von „Volksrecht“ und „Neuer Zürcher Zeitung“, „Tagwacht“ und „Bund“ wird infolge dieses 27. November bald ihre blauen Wunder erleben. Der Erfolg der Kandidatur von Doktor *Klöti* für den durch den Rücktritt des Bundesrates Meyer freigewordenen Sessel wird den Schlußpunkt zu diesem Fiasko bedeuten. Zwar wäre die Reaktion weise, wenn sie durch die Zustimmung zu dieser Kandidatur einen Mann in den Bundesrat brächte, den man einen Sozialisten nur noch etwa nennen kann wie ein Pferd einen Löwen, die Ansprüche der Sozialdemokratie scheinbar befriedigte und sie zu noch größerem Gehorsam verpflichtete, um dann die Türe um so fester zu schließen. Aber so weise wird sie schwerlich sein. Und braucht es auch nicht mehr zu sein.¹⁾

Daß der politische Niedergang mit einem *sittlichen* zusammenhängt, wie dieser mit der *sozialen* Auflösung, darf man nie vergessen. Es ist beides entscheidend wichtig. Der Fall *Näf* darf als typisches Symptom *dieses* Sachverhaltes gelten. (Ich meine nicht die Freisprechung, die juristisch wohl richtig war, sondern all die Verderbnis, die der „Fall“ ans Licht gebracht hat.) In die gleiche Rubrik gehört der immer größer werdende Skandal der *Spirituosenfälschung*, an dem auch die eidgenössische Alkoholverwaltung mit schuldig sei. In die Sphäre des göttlichen Gerichtes aber führt vor allem die offizielle Stellung der Schweiz in der Sache der *Flüchtlinge*, wie dieses Jahr sie gezeitigt hat. Darin ist keine ernsthafteste Besserung eingetreten. Noch immer werden solche Flüchtlinge an der Grenze zurückgetrieben. Noch immer wird für ihre Weiterreise eine Bürgschaft von mindestens 5000 Franken verlangt — für diese unter die Räuber Gefallenen. Noch immer fordert die Schweiz das J (Jude) für ihren Paß. Die 108 000 Franken, welche der Kanton Zürich allein für die Flüchtlinge durch eine Kirchenfammlung aufgebracht, sind eine kleine Gutmachung, die uns aber schwerlich das Gericht Gottes ersparen wird. Auch nicht soll.²⁾

Mit alledem möchte ich nicht behaupten, daß die Opposition schon völlig geschlagen sei. Noch verfügt sie über ein großes „Potentiell“, besonders im einfachen Volk: dem Bauern-, Arbeiter- und Angestelltenvolk. Aber sie muß auf einer neuen Basis organisiert werden, auf tieferem und sichererem Boden, und sie bedarf einer *Führung*, und zwar einer *neuen*. Wird das neue Jahr sie bringen?

2. In dieser Lage trifft die gewaltig gesteigerte *äußere Gefahr* die Schweiz an. Daß sie sich so gewaltig gesteigert hat, ist der zweite, noch schärfer sich abhebende Zug am Bilde dieses Jahres. In dieser Beziehung ist es, wie schon angedeutet worden ist, auch für die Schweiz ein *Katastrophenjahr*. Ich brauche nur an das Schicksal Oesterreichs und der Tschechoslowakei und an das Organ und Symbol dieser ganzen Entwicklung: München, zu erinnern. Das alles bedeutet Todesdrohung für die kleinen Völker. Der Vorstoß von München aus setzt sich fort. Man hat

¹⁾ Kaum waren diese Ausführungen geschrieben, als schon die Kunde kam, die Kandidatur Klöti sei gefallen und die Bürgerlichen portierten den Zürcher Nationalrat *Wetter*, einen ausgesprochenen Vertreter des Großkapitals. Der klägliche Bettelbrief der Partei mit der Bitte um den Lohn für alle Bravheit hat nichts geholfen. Die Welschen vor allem hätten keinen Sozialdemokraten geduldet. Die „Neue Zürcher Zeitung“ findet, die Sozialdemokratie sei doch noch nicht brav genug. Auch wäre es außenpolitisch gefährlich, jetzt einen Sozialdemokraten in den Bundesrat zu wählen. Man munkelte sogar von einer Intervention Hitlers und Mussolinis. Das ist wohl nur ein Vorwand für die Ablehnung und mag für die Sozialdemokratie einer fürs Kuschen sein. Denn es wird ihr schwer fallen, einzugehen, daß das die erste Frucht des 27. November ist.

²⁾ Eine neue Rede von Bundesrat *Baumann* über die Flüchtlingsfrage ist ebenso herz- und geistlos, und dazu hochfahrend, wie die meisten dieses Mannes.

10. Dez.

neuerdings den Plan aufzufinden behauptet, der bei dem offiziellen Gauleiter der Schweiz, dem Gesandtschaftssekretär von Bibra in Bern, liege und der eine Aufteilung der Schweiz an Deutschland, Frankreich und Italien vorsehe. Zu der geistigen Invasionsarmee gehören vor allem die deutschen *Studenten*. Nicht mit Unrecht Aufsehen erregt hat jener Anschlag in der Berliner Universität (wenn ich nicht irre), worin „einsatzbereiten“ deutschen Studenten für ein Studium in der Schweiz Stipendien in Aussicht gestellt werden. Vorher müssen sie sich für ihre Aufgabe in einer „Arbeitsgemeinschaft Schweiz“ schulen lassen. Die Aufgabe aber besteht in einer allseitigen und gründlichen Durchspionierung der Schweiz. Inzwischen demonstrieren sie in *Genf* gegen den jüdischen Professor Liebeskind, und seine Kollegen scheinen sich wenig großartig zu erweisen. Schweizer Helfershelfer an diesem ganzen Werke sind immer zur Hand. So der schweizerische Gesandte in Berlin, Doktor *Fröhlicher*, eine Kreatur Mottas, der bei Anlaß einer Feier des sogenannten Schweizerischen Unterstützungsvereins in München in einer über die Maßen törichten und fervilen Rede u. a. folgenden Satz verübte: „Außerhalb Deutschlands wird es noch immer nicht genügend erkannt, daß es das Verdienst des Nationalsozialismus ist, nicht Außenpolitik nach alten, imperialistischen Rezepten zu machen, sondern den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf sein Panier zu schreiben.“ Ein Oberleutnant *Eberhard* aber schreibt eine Broschüre: „Der Deutschschweizer und das Dritte Reich“ im Sinne eines Bekenntnisses zu diesem. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß hinter dem „*Schweizervolk*“ ganz ungeahnte Kreise als Geldgeber stünden, namentlich Industrielle, die erwarteten, daß es endlich gegen „links“ losgehe.

Auf diese und andere Dinge ist nun eine starke Reaktion entstanden.

Die eine Form derselben ist die sog. *militärische Wehrbereitschaft*. Nun soll die ganze Bevölkerung vom 18. bis zum 60. Jahre in deren Dienst gestellt und die Rekrutenschule auf vorläufig vier Monate verlängert werden. Wir nähern uns langsam aber sicher dem stehenden Heer. Schon weiß sich eine gewisse Offiziersclique als Herrin des Landes. Der Schrei nach der Luftflotte und dem stärkeren Luftschutz gehören dazu. Und die als Hybris zu bezeichnende Wehrausstellung als Teil der Landesausstellung.

Die andere Form der Reaktion aber ist die Demonstration für die „*geistige Landesverteidigung*“. Die *Studenten* wehren sich. Im Falle *Krahl* (es handelt sich um einen Auflauf gegen einen deutschen Kaufmann in Bern, der an den „Bund“ einen ziemlich unverhämten Brief geschrieben) kommt die Erregung, wie es so zu gehen pflegt, bei einem nebensächlichen Anlaß zum Ausbruch. Dagegen schützt der Bundesrat seinen Fröhlicher und erweist sich in der Studentensache feig und lahm wie immer gegenüber den Mächtigen.

Ich kann dazu nur dies sagen: Das Erwachen des Widerstandes ist gewiß zu begrüßen. Aber was ich immer wieder beobachten und darum auch hier feststellen muß, in der Hoffnung auf eine Entwicklung zum Besseren, ist die Tatsache, daß man überall an der *Peripherie* stehen bleibt. Man macht heftige Abwehrgebärden, aber nirgends, ausgenommen in jenen kleineren Kreisen, von denen schon geredet worden ist, tut sich die Einsicht kund, daß die Schweiz nicht durch diese äußerlichen Abwehrdemonstrationen gerettet wird, sondern nur durch eine *neue Einstellung im Zentrum*, welche aus der Schweiz wieder eine Schweiz macht und welche ihrerseits nur aus einem *neuen Geist* hervorgehen kann. Die Panik der Landesverteidigung ist sicher aus dieser Leere im Zentrum zu erklären. Sie bedeutet die Flucht auf die Linie des geringsten Widerstandes. Und man schreit so laut von der „Landesverteidigung“, weil man spürt, daß die Hauptsache fehlt. Insbesondere wird die *Militarisierung* zu einer lebensgefährlichen Ablenkung von dem, worauf es ankommt. Daß das Zentrum gestärkt und erneuert werde, daß der rettende neue Geist komme — darum zu ringen ist die Aufgabe des neuen Jahres.

Ich stelle an den Schluß dieser Betrachtungen zur Lage der Schweiz den neuesten Vorstoß des Hitlertums. Der „*Völkische Beobachter*“ stellt mit starkem Nachdruck die Forderung, daß mit der „*integralen Neutralität*“ Ernst gemacht

werde. Diese integrale Neutralität verlange, daß auch der Einzelne sich in feinem Urteil „neutral“ verhalte, d. h. nichts gegen die *Diktatoren* sage, daß vor allem aber auch die *Presse* sich so verhalte. Wenn nicht — — — !

Ich sehe in dieser Wendung ein verdientes *Gericht*. Sie ist ja eigentlich ganz berechtigt. Es war eine Fiktion, die zur Heuchelei wurde, daß man die „integrale Neutralität“ unserer Politik mit einer nicht neutralisierten Gesinnung des einzelnen Bürgers verbinden könne. Das ist und bleibt unmöglich. Entweder — Oder! Entweder freie Haltung in der Politik der Schweiz wie in der Gesinnung des einzelnen Bürgers oder Kapitulation.

Wir sehen, welch eine rettende Kraft diese berühmte umfassende „Neutralität“ besitzt, die Motta vor dem *letzten* Jahreschluß, um Weihnachten, uns verkündigt hat. Statt Rettung wird sie erst recht Verhängnis. Sie wird der Strick, mit dem man unsere Freiheit erwürgt. Und wir sehen darüber eine richtende Wahrheit am Horizont aufsteigen: *Es muß alles bezahlt werden*. Ein Volk, sogar das Schweizervolk, darf nicht ungestraft das tun, was vor Gott nicht recht ist: sich feige vor der Wahrheit drücken, servil sein gegen die Starken und brutal gegen die Schwachen, den Egoismus zum Prinzip seiner Politik machen.

Wird das Schweizervolk diese erste Lektion verstehen? Oder müssen schwerere kommen? Jedenfalls dünkt mich dies die wichtigste Einsicht, mit der es in das Jahr 1939 eintreten sollte, das vielleicht über sein Schicksal entscheidet: *Es muß bezahlt werden!*

Berichtigungen. Im Novemberheft muß es heißen: Seite 486, Zeile 26 von oben: „*geschehene*“ (statt „*gesehene*“) Erlöfung“; Seite 496, Zeile 11 von oben: „*hatte*“ (statt „*hat*“); Seite 502, Zeile 13 von unten, und Seite 503, Zeile 4 von unten: „*Fernand de Brinon*“ (nicht „*Brion*“); Seite 518, Zeile b von oben: „*nicht*“ (statt „*auch*“). Seite 518, Zeile 19 von unten muß vor „*Polen*“ stehen: „2. *In Europa*“.

Am Schlusse.

Das letzte Wort des Neuen-Wege-Jahres 1938 ist geschrieben. Ich lege die Feder ab. Etwas müde, wenn auch nicht erschöpft. Es ist Sabbat. Darf ich, auf dieses Tagewerk zurückblickend, auch sagen: „Siehe, es ist alles sehr gut?“ Darf ich, in Kleinheit und Demut, es doch, als Nachhall des Gottes Sabbats der Schöpfung, sagen? Ach, wenn man es dürfte! Wenn nicht alle Unvollkommenheit, alle Dürftigkeit, alle Schwäche, alles Fehlende und alles Verfehlt vor einem stünde, anklagend, die Seele trübend, niederdrückend. Und doch: „Es ist alles sehr gut!“ Es ist sehr gut, daß man überhaupt durchgekommen ist. Es ist sehr gut, daß man in aller Armut und Not doch ein Zeugnis von der *Wahrheit* ablegen durfte in dieser Welt der Lüge — der Wahrheit, die freilich unermesslich größer und tiefer ist, als wir trotz aller Bemühung fassen können, aber doch der Wahrheit, die wir sehen. Es ist sehr gut, daß wir das, von Gottes Kraft und Treue getragen, durften, trotz aller Bedrängnis von Außen und Innen. Es war ein harter Kampf wieder — wie viele ahnen wohl, wie hart! —, aber es ist gut, daß wir ihn führen durften — ja, es ist, so verstanden und gefühlt, alles sehr gut. Es ist Sabbat.

Aber, um aus dem Monolog in den Dialog zu kommen: Gewiß ist alles mangelhaft. Was hätte man nicht leisten wollen und hat es nicht